

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 19. März 1965

A 22127 C

Nummer 12

## Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte März 1965

### Die internationale Situation

In der westlichen Weltwirtschaft überwiegen weiterhin die Auftriebskräfte. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß sich die Expansion in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr etwas abschwächt. Weniger die Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten, als die künftige Entwicklung in den meisten westeuropäischen Industrieländern und in vielen Rohstoffländern lassen eine leichte Abschwächung erwarten.

In den *Vereinigten Staaten* hat sich das Wachstumstempo bisher nicht verlangsamt, wie aufgrund der Stagnation der Bundesausgaben zu befürchten war. Hierfür ist nicht zuletzt die Lageranreicherung verantwortlich, die vor allem wegen des möglichen Stahlarbeiterstreiks vorgenommen wird und deren expansive Impulse sich bald erschöpfen werden. Zu der Expansion trägt aber auch die Entwicklung anderer Nachfragekomponenten bei. So ist, nachdem die Unternehmer ihre Investitionsplanung mehrmals nach oben revidiert haben, für dieses Jahr wiederum mit einer Erhöhung der privaten Anlageinvestitionen um 12 bis 14 vH zu rechnen. Vom Bund dürften zudem von Mitte des Jahres an ebenfalls expansive Impulse ausgehen. Zwar werden die Bundesausgaben für Güter und Dienste auch im Finanzjahr 1965/66 nur geringfügig zunehmen. Doch werden statt dessen die staatlichen Sozialausgaben, die als Transferzahlungen gleichfalls das gesamte Geldeinkommen einer Volkswirtschaft erhöhen, erheblich steigen, ohne daß damit zunächst ein entsprechendes, die Kaufkraftzunahme neutralisierendes, Wachstum der Sozialabgaben verbunden ist. Das Wachstum dieser autonomen Sozialproduktkomponenten dürfte somit auch weiterhin eine Verbrauchszunahme induzieren, die kaum das Ausmaß des Vorjahrswachstums unterschreiten wird. Mit

einem Lagerabbau ist zwar in der Stahlindustrie zu rechnen, unabhängig davon, ob gestreikt wird oder nicht. Die dadurch hervorgerufenen Produktionsausfälle dürften aber gesamtwirtschaftlich durch den Lageraufbau der übrigen Bereiche kompensiert werden, da das Verhältnis zwischen Lägern und Umsätzen der amerikanischen Wirtschaft immer noch unter dem Durchschnitt der letzten Jahre liegt.

Zu den günstigen Konjunkturaussichten steht die unbefriedigende amerikanische Zahlungsbilanzlage in krassem Gegensatz. Das Zahlungsbilanzdefizit hat nach wie vor eine Höhe von rund 3 Mrd. \$, obwohl es in den letzten Jahren gelungen ist, den Export an Gütern und Diensten erheblich schneller zu erhöhen als den Import und damit den Leistungsbilanzüberschuß im Jahre 1964 auf die beachtliche Höhe von rund 8 Mrd. \$ zu steigern. Mit der Zunahme des Leistungsbilanzüberschusses ging jedoch eine fast gleichgroße Erhöhung des Kapitalexports einher. Wenn auch 1964 die Direktinvestitionen im Ausland weiterhin beachtlich gestiegen sind, so liegt doch das Schwergewicht des zusätzlichen Kapitalexports bei der Kreditgewährung (einschließlich des Kaufs ausländischer Wertpapiere), die im letzten Jahr um rund 60 vH zunahm. Auf ihre Eindämmung war nun aber gerade die 1964 eingeführte Zinsausgleichsteuer gerichtet. Der Mißerfolg dieser Maßnahme ist sicher nicht allein auf die weitgehenden Ausnahmen von dieser Steuer zurückzuführen. Vielmehr war sie darüber hinaus kaum hoch genug, um die sich im vergangenen Jahr vergrößernde Zinsdifferenz zwischen den amerikanischen und ausländischen Geld- und Kapitalmärkten auszugleichen. Sollte der gegenwärtig beschrittene Weg, die amerikanischen Investoren durch Hinweis auf volkswirtschaftlich schädliche Folgen zur freiwilligen Einschränkung des Kapitalexports zu über-

reden, nicht zum Ziele führen, so könnte sich die amerikanische Regierung veranlaßt sehen, entweder die Zinsausgleichsteuer zu erhöhen, das amerikanische Zinsniveau anzuheben oder zu direkter Kontrolle des Kapitalexports überzugehen.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, in denen das konjunkturelle Geschehen durch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten noch nicht berührt wird, beeinflußt in *Großbritannien* die Außenwirtschaftsentwicklung infolge der größeren Außenhandelsabhängigkeit und der geringeren Währungsreserve die Binnenkonjunktur entscheidend. Das im vergangenen Jahr zu verzeichnende hohe britische Zahlungsbilanzdefizit hat die Währungsreserven derart geschmälert, daß Großbritannien gegenwärtig nur noch wenig Spielraum für weitere Defizite hat und ihrer Beseitigung deshalb wirtschaftspolitische Priorität zukommt. Wird eine Pfundabwertung auch weiterhin als tabu angesehen, so wird die britische Regierung nicht umhin können, das Ziel eines stetigen und kräftigen Wachstums der britischen Wirtschaft zunächst im Interesse eines möglichst raschen Zahlungsbilanzausgleichs zurückzustecken. Die für das Finanzjahr 1965/66 vorgesehene starke Erhöhung der laufenden öffentlichen Ausgaben läßt zwar noch nicht die Bereitschaft erkennen, das Zahlungsbilanzdefizit durch Restriktion zu beseitigen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die britische Regierung im Budget des im April beginnenden Finanzjahres zu einer fühlbaren Steuererhöhung Zuflucht nehmen wird. Das National Institute of Economic and Social Research in London sieht in einer Verminderung des gegenwärtigen Wachstums der Inlandsnachfrage um 200 Mill. £ — dies entspräche einer Verringerung der jährlichen Wachstumsrate von etwa 4 auf 3 vH — das Mindestmaß einer aus außenwirtschaftlichen Gründen notwendigen Dämpfung der Binnenkonjunktur. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, daß in dieser Höhe Kapazitäten für zusätzliche Exporte oder für die Umlenkung von Importnachfrage auf das Inlandsangebot freigestellt werden müßten. Es bleibt offen, wie diese Umlenkung bzw. eine verstärkte Exportsteigerung bei der offensichtlich unzureichenden Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft herbeigeführt werden könnte. Gelingt dies nicht, so bliebe beim Festhalten am herrschenden Wechselkurs kaum eine andere Wahl, als die Konjunktur derart stark zu dämpfen, daß allein durch die verminderte Importnachfrage ein Zahlungsbilanzausgleich zustande käme. Es ist verständlich, daß die Labourregierung mit der Einleitung einer solchen Politik, durch die sie sich dem Vorwurf aussetzen würde, zu der von ihr selbst kritisierten „stop-and-go-policy“ zurückzukehren, so lange wie möglich zögert.

Das Vorgehen der italienischen Regierung bot im letzten Jahr eine eindrucksvolle Anschauung, wie rasch Außenwirtschaftsschwierigkeiten durch eine wirksame Restriktionspolitik zu beseitigen sind. Jedoch blieb dieser Erfolg bisher auf die Außenwirtschaft beschränkt, und es gelang noch nicht, den

Lohn- und Preisauftrieb nennenswert zu dämpfen. Die weitgehende Bindung der Löhne an den Lebenshaltungskostenindex erklärt zum großen Teil die Schwierigkeiten einer wirkungsvollen Bekämpfung des Preisauftriebs in Italien. Demgegenüber hatten in Frankreich, wo die Indexbindung nur von geringer Bedeutung ist, der Preisstopp und die konjunkturdämpfenden Maßnahmen größeren Erfolg bei der Eindämmung des Lohn- und Preisanstiegs. Auch dieser Erfolg wurde mit einer — wenn auch im Vergleich zu Italien leichten — Wirtschaftsrückbildung bezahlt. Sowohl in Frankreich als auch in Italien sind die Konjunkturaussichten, die vom weiteren Kurs der Wirtschaftspolitik abhängen, schwer zu beurteilen. Anregende Maßnahmen werden aber in beiden Ländern im laufenden Jahr zu einem erneuten Nachfragewachstum führen, ohne daß jedoch das Produktionspotential wieder voll genutzt würde.

Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und dadurch verursachte Lohn- und Preissteigerungen oder Zahlungsbilanzanspannungen haben auch die Regierungen in den übrigen EWG- und EFTA-Ländern zur Verfolgung einer mehr oder weniger restriktiven Wirtschaftspolitik veranlaßt. Es ist daher auch in diesen Ländern im laufenden Jahr mit einer leichten Verlangsamung der Expansion zu rechnen.

Da die Hausse an den Weltrohstoffmärkten, die die Außenwirtschaftslage der Rohstoffländer in den letzten Jahren stark begünstigte, abgeklungen zu sein scheint, kommen diese Volkswirtschaften, zumal die Preise für industrielle Fertigprodukte weiter steigen, jetzt wieder unter außenwirtschaftlichen Druck, der sie zur Dämpfung ihrer binnenwirtschaftlichen Expansion zwingt. Die Exportaussichten der Industrieländer dürften sich daher im Laufe dieses Jahres besonders in diesen Volkswirtschaften verschlechtern.

### Die Lage in der Bundesrepublik

Die Ergebnisse der Konsumgütermessen dieses Frühjahrs scheinen die Ansicht derjenigen zu bestätigen, die den gemeinsamen Bemühungen von Bundesregierung und Bundesbank um die Preisstabilität von vornherein skeptisch gegenüberstanden. Durch die Resultate der Frühjahrmessen wird aber auch die Meinung jener bestätigt, die der künftigen konjunkturellen Entwicklung einen weiter stetig nach oben gerichteten und immer stärker vom Konsum getragenen Verlauf vorausagen.

Für den ersten Punkt sprechen die im Konsumgüterbereich bereits vorgenommenen oder für die nächste Zeit angekündigten Preiserhöhungen. Ausnahmen gibt es aber auch hier; vor allem finden sie sich in Bereichen, wo die Schärfe des Wettbewerbs oder vorhandene ungenutzte Produktionskapazitäten Preissenkungen oder wenigstens Preisstabilität erzwingen. Ferner könnten die im Jahre 1964 so außerordentlich erfolgreichen Versandhäuser zusammen mit den Warenhäusern auf den Gebieten

ihres Sortiments noch insofern preisstabilisierend wirken, als sie durch ihr Verhalten den allgemeinen Auftrieb des Konsumgüterpreisniveaus — ähnlich wie die Konsumgenossenschaften — bremsen. Nicht nur die Bundesregierung würde ihnen dankbar sein. Und es wäre nachgewiesen, daß zu den in einer Marktwirtschaft üblichen Argumenten nicht nur die Rechtfertigung von Preiserhöhungen wegen gestiegener Kosten, besserer Marktlage, der Verteuerungen im Ausland usw. gehören.

Für den zweiten Punkt spricht das für die konjunkturelle Entwicklung dieses Jahres relevante Gesamtergebnis der Messen: Es lag beträchtlich über dem des Jahres 1964. Hier und da mußten sogar die Lieferfristen von den Herstellern verlängert werden. Da außerdem auf den Messen ausländische Firmen nicht unbeachtliche Aufträge vergeben haben, könnten vom Konsumgütersektor sogar neue Impulse auf den Export ausgehen. Die Differenziertheit der Kapazitätsausnutzungsgrade dürfte solch einen „Anstoß“ gerade in einigen Bereichen der mittelständischen Konsumgüterindustrie ohne Überhitzungsreaktionen gestatten.

Die Steigerung der Nettolohn- und Gehaltssumme wird in diesem Jahr mit voraussichtlich 11 vH recht erheblich sein (1964 etwa 9,5 vH). An ihr wird die typische Nach-Boom-Situation deutlich erkennbar: Der überdurchschnittlichen Ausdehnung der nicht kontraktgebundenen Einkommen während des Booms folgt die das Verteilungs-„Gleichgewicht“ eventuell wiederherstellende Welle der Unselbständigen-Einkommen, die durch die Steuersenkungen dieses Jahres noch verstärkt wird. Von dem höheren Nettoeinkommen der privaten Haushalte werden jedoch im 1. Halbjahr 1965 mehr als 2 Mrd. DM zusätzlich gegenüber dem 1. Halbjahr 1964 durch Sparen gebunden und somit als kaufkräftige Nachfrage neutralisiert werden. Allerdings wird diese Erhöhung der Sparquote allein kaum genügen, die Preisstabilität im Konsumsektor wieder herzustellen: Trotz der hohen Zuwachsrate der Ersparnis im 1. Halbjahr (22,1 vH) und im 2. Halbjahr (24,4 vH) des vergangenen Jahres ist 1964 der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung mittlerer Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte um 2,3 vH gestiegen. Der Trend dürfte sich fortsetzen.

Im „Wettkampf“ zwischen den Einkommen der Selbständigen und Unselbständigen bleiben bei der Verteilung der realen Einkommen die Haushalte der Renten- und Sozialhilfeempfänger relativ zurück. Einmal liegt das an der um etwa drei Jahre verzögerten Anpassung der Renten an die Einkommen der Versicherten. Zum anderen zeigen gerade jene Waren die höchsten Preissteigerungen, die zum Warenkorb der Renten- und Sozialhilfeempfänger gehören: Der Preisindex für die Lebenshaltung von Haushalten der Renten- und Sozialhilfeempfänger erhöhte sich 1964 im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 vH. Insofern wird der Anstieg der individuellen Einkommen der Renten- und Sozialhilfeempfänger im Jahre 1965 um immerhin 9 vH relativiert. Ihr

Realeinkommenszuwachs wird niedriger sein, als der der anderen Einkommensgruppen.

Nicht weniger als die wohl als „sicher“ anzusprechende Verbrauchs-Basis der Konjunktur bestimmen die anderen Komponenten des Angebots- und Nachfragegefüges das Bild der diesjährigen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Investitionsneigung der Unternehmer bleibt einer der wichtigsten Expansionsfaktoren. So liegt die Zuwachsrate des Auftragseingangs in der Investitionsgüterindustrie zum Jahresanfang zwar niedriger als in den Zeiten des intensiv anlaufenden Aufschwungs vor einem Jahr, doch höher als in den Jahren davor. Zum Jahresende (4. Quartal 1964) erhöhten sich hier die Bestellungen sogar um 16 vH (je Arbeitstag um 24 vH). Es sieht nicht so aus, als würde sich in nächster Zeit viel wandeln, da im Januar 1965 diese Zuwachsrate (arbeitstäglich bereinigt) nicht unterschritten wurde. Der expansive Trend des Auftrags-eingangs für elektrotechnische Ausrüstungen deutet zugleich auf die starken, zur Rationalisierung der Produktion drängenden Kräfte hin. Doch wird der Rationalisierungseffekt allein mit der ständig steigenden Nachfrage kaum Schritt halten können. Mit wenigen Ausnahmen — wie etwa der Bauwirtschaft — sind die Industrien längst dabei, die für das Jahr 1965 vorgesehenen beträchtlichen Kapazitätsausweitungen zu realisieren und die Erfolge von 1964 unter Umständen noch zu überbieten. Diese Entwicklung kommt unmittelbar der Bauwirtschaft zugute. Hier ist wegen der durch enge Kapazitätsspielräume bedingten Bereitschaft der industriellen Unternehmer zu Erweiterungsinvestitionen, aber auch in Anbetracht nicht unerheblich gestiegener, dem Ausbau der Infrastruktur gewidmeter Haushaltsansätze eine kontinuierliche Expansion zu erwarten. Das wird sich dann weiterhin produktionsanregend auf die Zulieferparten, insbesondere die Grundstoffindustrie, auswirken. Allerdings wird man am Ergebnis des ersten Quartals dieses Jahres einige Abstriche machen müssen. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse in den letzten Wochen verursachten bedeutenden Produktions- und Arbeitsausfall. Die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft ist jedoch groß genug, um die aus dieser vorübergehenden Behinderung resultierenden erhöhten Ansprüche in der folgenden Zeit zu erfüllen. Die dazu notwendigen Kapazitätsreserven stehen der Bauwirtschaft zur Verfügung.

Die dem allgemeinen Optimismus entsprechende Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Größen bleibt nicht ohne Einfluß auf das Preisniveau. Vom Anstieg der Konsumgüterpreise war bereits die Rede. Die Rückwirkung der gleichmäßig expandierenden Bestellungen des Einzelhandels — zur Wiederauffüllung seiner zum Jahreswechsel großenteils geräumten Läger und zur Befriedigung der steigenden Nachfrage — auf die Vorlieferanten und damit auf die Preise der gesamten industriellen Fertigung bleibt selbstverständlich nicht aus. So setzt sich die im vorigen Jahr begonnene Beschleu-

nigung des Anstiegs der industriellen Erzeugerpreise (1. Quartal 0,5 vH; 4. Quartal 1,9 vH) in diesem Frühjahr fort; damit steht jetzt schon fest, daß sich der Auftrieb des allgemeinen Preisniveaus (Bruttosozialprodukt), der mit 3,6 vH im 2. Halbjahr 1964 erheblich über dem Durchschnitt des Jahres (2,9 vH) lag, sogar noch verschärft wird; er dürfte für das erste Halbjahr 1965 ungefähr 4 vH erreichen.

Dämpfend auf die Intensität des allgemeinen Preisauftriebs kann unter den gegebenen Umständen vor allem die systematische Förderung des Imports wirken. Zwar werden dadurch sicher nicht die für die „säkuläre“ Inflation unserer Tage verantwortlichen Kräfte getroffen, doch kann ein den Preisanstieg bremsender Effekt steigender Einfuhren nicht nur dort festgestellt werden, wo die Preise der durch Importe substituierbaren Inlandsgüter bei knappem Warenangebot elastisch nach oben reagieren und bei Vergrößerung des Angebotsvolumens entsprechend nach unten. Vielmehr ist der Kreis der in Frage kommenden Waren selbst während der augenblicklichen konjunkturellen Situation bedeutend größer, da sich die niedrigeren Preise importierter Vorprodukte mit einiger Wahrscheinlichkeit zumindest teilweise auch auf die Preise der Endprodukte auswirken werden.

Aus diesen Gründen ist die derzeitige Entwicklung unserer Zahlungsbilanz — insbesondere gekennzeichnet durch die das Wachstum der Ausfuhr übertreffende Expansion der Einfuhr, also sinkenden Ausfuhrüberschuß — grundsätzlich zu begrüßen. Aber nicht nur aus Gründen der Sicherung relativer Preisstabilität ist die Vergrößerung der Einfuhrvolumina zu bejahren. Vielmehr helfen die Importe, das Mißverhältnis zwischen realem Angebot und realer Nachfrage im Inland zu bereinigen. Der Unterschied, mit dem in der zweiten Hälfte vergangenen Jahres die Einfuhren (17,3 vH) und die Ausfuhren (7,3 vH) expandierten, ist beachtlich. Eine Änderung dieser Tendenz deutet sich in diesem Frühjahr noch nicht an. Die Intensität der Import- bzw. Exporttätigkeit kann als Symptom für die Rationalität gedeutet werden, mit der die Unternehmer die Möglichkeit zur Selektion der Aufträge, die ihnen durch die im Inland herrschende Vollbeschäftigung und die vom Ausland ausgehenden Nachfrageimpulse geboten wird, wahrnehmen. Gleichzeitig sind die Raten wahrscheinlich Indiz für die Einkommensabhängigkeit der Importe — ein Tatbestand, nach dem nationale Wachstumspolitik auch die internationale wirtschaftliche Integration fördern würde.

## Der sowjetische Staatshaushalt 1965

Der Haushaltsplan der Sowjetunion für 1965 schließt den 2-Jahres-Haushaltsplan 1964/65 ab, der im Dezember 1963 angenommen wurde und — zugleich mit dem Volkswirtschaftsplan 1964/65 — die wirtschaftliche Entwicklung in der Abschlußphase des Siebenjahrplanes (1959—1965) fixieren sollte. Inzwischen traten einige, noch unter Chruschtschow im Zentralkomitee der KPdSU und im Ministerrat der UdSSR beschlossene Maßnahmen in Kraft, deren Finanzierung im ursprünglichen Plan nicht vorgesehen war. Diese Maßnahmen erforderten eine gewisse Revision des Haushaltsplans. Es handelt sich vor allem um eine Erweiterung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke (Gehaltserhöhungen für Lehrer und Ärzte, Einführung von Alters- und Invalidenrenten für Kolchosbauern), aber auch um Mehraufwendungen für die Volkswirtschaft (Heraufsetzung der Erzeugerpreise für Milch bei gleichbleibenden Verbraucherpreisen).

Die Finanzierung dieser Maßnahmen belastet den Staatshaushalt mit 4 Mrd. Rubel. Diesen Mehraufwendungen stehen keine zusätzlichen Einnahmen gegenüber. Im Gegenteil: Der revidierte Haushaltsplan rechnet mit einer Einnahmensumme, die um 1,6 Mrd. Rubel geringer ist als ursprünglich vorgesehen. Dieser Rückgang erzwang eine Einsparung bei den Gesamtausgaben um 1 Mrd. und eine Verringerung des Überschusses um 0,6 Mrd. Rubel. Der Überschuß wird 1965 wesentlich geringer sein als in

allen früheren Jahren und nur noch 165 Mill. Rubel betragen.

### Die Haushaltseinnahmen

Die Einnahmenstruktur des revidierten Haushaltsplanes zeigt eine auffallende Verschiebung der beiden Hauptposten: Die Umsatzsteuer wurde um 1,5 Mrd. Rubel höher angesetzt als im ersten Vorschlag, die Gewinnabführung dagegen um 3,6 Mrd. Rubel gekürzt. Diese Veränderungen stehen im Gegensatz zu der Entwicklungstendenz von Umsatzsteuer und Gewinnabführung in den letzten Jahren. Die Umsatzsteuer ist zwar nach wie vor die ergiebigste Einnahmequelle des sowjetischen Staatshaushalts, ihr Anteil an den Gesamteinnahmen war aber zwischen 1950 und 1963 ständig zugunsten der Gewinnabführung zurückgegangen, seither steigt er wieder. Die durchschnittliche Zuwachsrate des Umsatzsteuer-Aufkommens lag zwischen 1958—1963 bei nur 2,7 vH. 1965 soll das Umsatzsteuer-Aufkommen nach Angabe des Finanzministers um 7 vH über dem des Vorjahres liegen<sup>1)</sup> und sogar um 11 vH über dem planmäßigen Aufkommen von 1964. Daraus ergibt sich, daß schon 1964 die Umsatzsteuer wesentlich mehr erbracht hat als im Plan erwartet. Das tatsächliche Umsatzsteueraufkommen ist aber auch für 1963 noch nicht bekannt; es läßt sich daher

<sup>1)</sup> Finansy SSSR, Nr. 1/1965, S. 5.

**Der Staatshaushalt der UdSSR**  
Planwerte in Mrd. Rubel

	1963	1964	ur- sprüngerl. Plan	revidierter Plan 1965
<b>Einnahmen</b>				
Umsatzsteuer . . . . .	33,9	35,2	37,6	39,1
Gewinnabführung . . . . .	26,1	29,5	34,8	31,6
Steuern von der Bevölkerung . . . . .	6,3	6,7	.	7,3
Einkommensteuer der Kolchose, Sozialversicherungsabgaben, An- leihen, Zölle u. a. Einnahmen . . . . .	21,4	20,4	.	21,6
<b>Einnahmen, gesamt . . . . .</b>	<b>87,7</b>	<b>91,8</b>	<b>101,2</b>	<b>99,6</b>
<b>Ausgaben</b>				
Sozialistische Wirtschaft . . . . .	34,5	38,7	41,2	42,3
Soziale u. kulturelle Maßnahmen . . . . .	31,1	32,8	34,5	37,4
Verteidigung . . . . .	13,9	13,3	.	12,8
Verwaltung . . . . .	1,1	1,1	1,1	1,1
Sonstige Ausgaben . . . . .	5,6	5,4	.	5,8
<b>Ausgaben, gesamt . . . . .</b>	<b>86,2</b>	<b>91,3</b>	<b>100,4</b>	<b>99,4</b>
<b>Einnahmen-Überschuß . . . . .</b>	<b>1,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>

Quellen: Izvestija vom 17. 12. 1963. — Pravda vom 10. 12. 1964.

zur Zeit noch nicht überblicken, ob das Wachstum des Umsatzsteueraufkommens 1963/64 über die Planansätze hinausging. Da 1964 die Konsumgüterproduktion in mancher Hinsicht enttäuschte<sup>2)</sup>, muß der hohe Ansatz des Umsatzsteuer-Solls für 1965 als Zeichen dafür gewertet werden, daß die sowjetische Regierung (wohl noch unter Chruschtschow) der Auffassung war, die bestehenden Wachstumshemmnisse könnten 1965 energisch verringert werden. Ob die optimistischen Erwartungen der sowjetischen Planungsinstanzen bereits von der Produktionsentwicklung in den Versuchsbetrieben beeinflusst worden sind, die seit einiger Zeit nach dem von Prof. Liberman vorgeschlagenen System arbeiten, steht dahin. Nach Liberman sollen die Konsumgüter-Betriebe von der übermäßigen Bevormundung durch zentrale Planbehörden befreit werden und statt dessen ihre Produktion der Marktsituation anpassen, d. h. sie sollen nur noch das herstellen, was der Handel und die Verbraucher ihnen abnehmen. Aufgrund der ersten günstigen Ergebnisse dieses Experiments in einigen Betrieben erhielten im Januar 1965 weitere 400 Betriebe der Leichtindustrie die Anweisung, nach dem Liberman-System zu arbeiten; bis Ende dieses Jahres soll bereits ein Drittel der sowjetischen Konsumgüterindustrie diesem Prinzip folgen. Es fragt sich, ob die Zeit und die (vorläufige) Beschränkung auf einen Teil der Betriebe ausreichen, um das benötigte Produktionswachstum zu erreichen. Außerdem sollen 1965 durch Mobilisierung der überplanmäßigen Lagerbestände von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten zusätzlich (also nicht im Plan vorgesehen) Waren von mindestens 2 Mrd. Rubel produziert werden. Der Volkswirtschaftsplan für 1965 bezieht sich ausdrücklich auf diese unausgeschöpften Reserven und verlangt ihre Nutzung für die Produktion.

<sup>2)</sup> Der Produktionszuwachs der gesamten Leichtindustrie betrug 1963/64 nur 3 vH, der der Lebensmittelindustrie nur 2 vH. Der Volkswirtschaftsplan 1965 rechnet dagegen mit einem Wachstum von 7,7 vH für die Konsumgüter-, von 10 vH für die Lebensmittelindustrie.

Die starke Reduzierung der Gewinnabführung wird im revidierten Plan in keinem Kommentar erwähnt. Es wird für 1965 nunmehr mit einem Aufkommen gerechnet, das um 2,1 Mrd. Rubel über dem planmäßigen Ergebnis von 1964 liegt, ein Ergebnis, das im Rahmen der bisherigen Entwicklung (jährlich 2 bis 3 Mrd. Rubel Mehraufkommen) liegt. Der ursprünglich erwartete Zuwachs von 5,3 Mrd. Rubel ist offenbar als unrealistisch erkannt und daher stillschweigend korrigiert worden. Die restlichen Posten der Haushaltseinnahmen waren im ursprünglichen Plan noch nicht spezifiziert, die jetzt veröffentlichten Werte zeigen eine kontinuierliche Entwicklung gegenüber den Vorjahren; ihr Wachstum (z. B. bei den direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben) entspricht der Zunahme der Beschäftigten und dem Wachstum der durchschnittlichen Einkommen.

**Die Haushaltsausgaben**

Die Aufwendungen für die Volkswirtschaft haben sich im neuen Haushaltsplan gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 1,1 Mrd. Rubel vermehrt, von denen allein auf die erwähnte Erhöhung der Aufkaufpreise für Milch 0,7 Mrd. Rubel entfallen. Größere Änderungen gegenüber dem ersten Plan zeigen sich in der Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Wirtschaftszweige, wobei allerdings die gesamten Aufwendungen (einschl. derjenigen aus betrieblichen Eigenmitteln) in Betracht zu ziehen sind.

**Verteilung der Ausgaben für die Wirtschaft 1965**  
(Haushalts- und Eigenmittel)

	Plan 1964	ursprüngl. Plan 1965 Mrd. Rubel	revidierter Plan 1965 Mrd. Rubel	revidierter Zuwachs vH
Gesamte Ausgaben . . . . .	70,9	74,4	75,8	6,9
darunter:				
Industrie . . . . .	35,6	36,7	40,1	12,6
Landwirtschaft . . . . .	11,6	12,8	12,4	6,9
Verkehr . . . . .	7,8	8,2	8,3	6,4
Kommunalwirtschaft u. Wohnungsbau . . . . .	4,2	4,2	4,3	2,4

In der Ausgabenstruktur des revidierten Planes tritt die der Industrie eingeräumte Priorität noch ausgeprägter hervor als in der ersten Fassung des Planes. Rund 53 vH der für die Wirtschaft bestimmten Aufwendungen wird 1965 die Industrie erhalten, gegenüber 49 vH in den Jahren 1963 und 1964. Über die Verteilung auf einzelne Industriezweige sind nur wenige Zahlen veröffentlicht, die den Zuwachs gegenüber dem Vorjahr angeben. Danach liegen die Erdöl- und Gasindustrie (+ 15,7 vH), die chemische Industrie (+ 14,1 vH) sowie die Schwerindustrie (+ 13,6 vH) an der Spitze. Für die chemische Industrie bedeutet das zwar eine Kürzung der früher vorgesehenen Investitionen, die im ursprünglichen Haushaltsplan 1965 um 32 vH ansteigen sollten. Es wäre jedoch nicht richtig, aus dieser Planänderung bereits zu schließen, daß die chemische Industrie in Zukunft nicht mehr den ihr in den letzten Jahren

— nach langen Versäumnissen — zugestandenen Rang in der Skala der Investitionsprioritäten eingeräumt bekommt. Die gegenwärtige Zurücknahme der geplanten Wachstumsraten ist wohl vor allem als ein kurzfristiger Anpassungsprozeß an das effektiv erreichbare Tempo zu verstehen. Mit einem weiteren Investitionszuwachs von 6,9 vH gehört auch die Landwirtschaft nach wie vor zu den stärker geförderten Wirtschaftszweigen, wengleich dieser Zuwachs gegenüber dem vorjährigen Wachstum von 22 vH weit zurückbleibt. Die absoluten Aufwendungen wurden im revidierten Plan geringfügig gekürzt.

Wie bereits erwähnt, führten einige einkommens- und sozialpolitische Maßnahmen, die im Juli 1964 beschlossen wurden und inzwischen in Kraft getreten sind, zu einer sehr beträchtlichen Steigerung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke, deren Gesamthöhe damit nur noch wenig hinter den Ausgaben für die Volkswirtschaft zurückbleibt. Die neuen Maßnahmen kommen vor allem zwei Gruppen von Beschäftigten zugute:

1. den Beschäftigten im Volksbildungs- und Gesundheitswesen, im Handel und in der Verwaltung. Für die Mitarbeiter dieser Bereiche — rd. 18 Millionen Personen — sind die Gehälter um durchschnittlich 25 bis 30 vH erhöht worden;

2. den Kolchosbauern, die nunmehr ein Anrecht auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrente haben. In diesem Jahr werden erstmals rd. 6,5 Millionen Kolchosbauern in den Genuß einer staatlichen Rente kommen<sup>3)</sup>.

Ferner kündigte das Finanzministerium im vergangenen Jahr einige Erleichterungen für die Bevölkerung an, die zu Lasten des Staatshaushalts gehen werden: die Medikamente in den Apotheken werden billiger, bei bestimmten Krankheiten sogar kostenlos abgegeben. Außerdem sollen die schwer absetzbaren Warenvorräte des Handels, sogenannte

<sup>3)</sup> Vgl. Wochenbericht Nr. 7/1965.

Ladenhüter, nunmehr in Sonderläden zu wesentlich herabgesetzten Preisen verkauft werden.

Von den übrigen Ausgabe-posten des Staatshaushalts ist noch die Reduzierung der Verteidigungsausgaben um nochmals eine halbe Milliarde Rubel zu erwähnen.

### Zusammenfassung

Die Gegenüberstellung der beiden Planansätze für 1965 zeigte sowohl im Einnahmen- als auch im Ausgabenteil einige bemerkenswerte Änderungen, deren Ursachen vermutlich darin zu suchen sind, daß die tatsächliche Entwicklung der Volkswirtschaft und des Staatshaushalts 1964 in verschiedenen Punkten von den angenommenen Planwerten weit abwich. Übrigens wurde bereits im ersten Haushaltsplan 1965 die noch ungewisse Entwicklung einiger Ausgaben dadurch berücksichtigt, daß für bestimmte Positionen keine Zahlen angegeben wurden. Im Ausgabenteil machen diese nicht genannten Posten einen Betrag von 23,6 Mrd. Rubel aus. Im korrigierten Plan erreichten sie — ähnlich wie 1963 und 1964 — nur knapp 19 Mrd. Rubel. Es blieb also bereits bei der ersten Planaufstellung im Dezember 1963 ein größerer Betrag offen, über den die Planungsinstanzen damals noch nicht verfügen wollten. Tatsächlich erklärte Chruschtschow zu diesem Zeitpunkt, daß er vorläufig nicht die Mittel habe, um den Kolchosbauern Rente zu zahlen<sup>4)</sup>, eine Maßnahme, die er dann doch — nur 6 Monate später, im Juli 1964 — verfügte, nachdem offenbar zu erkennen war, daß die finanzielle Lage des Landes dies gestattete.

Der Umfang des Staatshaushalts ist in der revidierten Fassung etwas kleiner geworden, der Einnahmenüberschuß auf ein Minimum zusammengeschmolzen. Die sowjetische Finanzwirtschaft bewegt sich also neudeutings „am Rande des Defizits“, wobei es von der Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens abhängen wird, ob nicht sogar ein tatsächliches Defizit droht.

<sup>4)</sup> Pravda vom 15. 12. 1963.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.  
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand	Ge- biet	Einheit†)	1963		1964												1965	
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Anzahl der Werkzeuge			20,4	20,0	22,5	21,0	20,8	22,8	18,2	21,8	23,8	22,0	22,8	23,0	20,9	21,8	20,7	
<b>Verkehrsindizes</b>																		
<b>Personenverkehr, kalendertägl.</b>																		
Dtsch. Bundesbahn, bef. Pers.	BRD	1954 = 100	TD	82	87	84	86	90	81	91	83	83	83	89	80	85	83	.
Straßenbahnen,	"	"	"	84	81	79	83	76	79	75	74	72	64	73	75	78	.	.
Omnib., Ortslinien	"	"	"	277	270	274	281	261	269	254	258	248	230	260	272	288	.	.
Überlandl.	"	"	"	185	175	188	190	175	184	172	172	163	155	178	180	191	.	.
Gelegenheit	"	"	"	86	80	68	81	83	86	157	209	194	168	183	127	90	.	.
<b>Güterverkehr, arbeitstägl.</b>																		
Dtsch. Bundesbahn, bef. Güter	BRD	1954 = 100	TD	150	128	130	127	132	136	142	139	130	135	140	149	156	141	.
Binnenschifffahrt,	"	"	"	179	164	107	148	174	200	213	200	180	172	169	173	.	.	.
Seeschifffahrt, Güterumschlag	"	"	"	215	251	216	210	245	220	255	224	220	230	217	233	.	.	.
Fernverk. m. Lkw <sup>1)</sup> , bef. Güter	BRD	"	S	191	159	173	166	180	212	184	212	219	205	224	227	.	.	.
Nachrichtenverkehr <sup>2)</sup>	BRD	1954 = 100	S	171	189	179	167	176	182	166	169	.	.	.	.	.	.	.
<b>Deutsche Seefrachten</b>																		
Linienfahrt	BRD	2.Hj.54=100	D	136	136	137	136	137	138	137	138	138	138	138	138	139	139	139
Trampfahrt	"	"	"	91	88	89	80	73	76	76	76	75	77	79	82	86	85	84
Tankerfahrt	"	Mot/Se.—100	"	85	97	110	73	44	49	46	45	40	51	47	58	62	83	74
<b>Verkehrsleistungen</b>																		
<b>Personenverkehr</b>																		
Dtsch. Bundesbahn <sup>3)</sup> , bef. Pers.	BRD	1000 Mill.	S	86951	95008	92168	88336	98253	85272	99251	87580	90731	91110	94627	87114	90172	90859	.
Pkm . . . . .	"	"	"	2535	3140	2605	2567	3045	2564	3548	3326	4110	3951	3229	2739	2415	3301	.
Straßenbahnen <sup>4)</sup> , bef. Pers.	"	1000 Mill.	"	251740	251841	245600	241768	237611	238140	232278	224616	222780	197444	219632	234390	234247	.	.
Pkm . . . . .	"	"	"	1192	1176	1170	1156	1140	1140	1111	1067	1045	939	1051	1114	1121	.	.
Omnibusse <sup>5)</sup> , bef. Pers.	"	1000 Mill.	"	304745	302555	314725	300475	296728	299507	293518	287866	283906	265834	292847	309371	316061	.	.
Pkm . . . . .	"	"	"	2617	2545	2658	2562	2660	2712	3428	3766	3830	3513	3612	3109	2743	.	.
Luftfahrt <sup>6)</sup> , Fluggäste	BRD	1000	"	c) 704	c) 736	c) 701	c) 697	c) 858	c) 945	c) 1208	c) 1277	c) 1366	c) 1355	c) 1355	1186	869	831	.
<b>Güterverkehr</b>																		
Dtsch. Bundesb. <sup>7)</sup> , bef. Güter	BRD	1000 t	S	29488	24013	25855	24590	25192	28128	25325	27809	c)29547	27542	29049	31986	30535	27867	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	5500	4684	5282	4739	4696	5164	4728	5143	5536	5186	5525	5957	5507	5235	.
Güterwagengestellg.	"	1000 t	"	1693	1455	1515	1446	1477	1651	1424	1588	1703	1578	1679	1824	1680	1545	1395
Binnenschifffahrt <sup>8)</sup> , bef. Güter	"	1000 t	"	15252	13294	9661	12669	14513	18126	16342	17418	16838	15222	15226	16121	16982	.	.
tkm . . . . .	"	Mill.	"	3474	3080	1964	2618	3186	4201	3866	4039	3837	3238	3277	3402	3374	.	.
Seeschifffahrt <sup>9)</sup> , bef. Güter	"	1000 t	"	7481	8311	7895	7274	8255	8160	8051	8010	8268	8221	7956	8761	8407	.	.
Fernverk. m. Lkw <sup>1)</sup>	BRD	"	"	9736	8110	8863	8466	9202	10861	9421	10846	11209	10490	11450	11723	.	.	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	2396	2006	2244	2133	2597	2652	2291	2626	2704	2529	2795	2875	.	.	.
Luftfahrt <sup>6)</sup> , Fracht und Post	"	t	"	17602	17433	15540	16396	16753	17755	17065	17183	17568	16082	18590	20663	19480	20806	.
<b>Nachrichtenverkehr</b>																		
Briefsendungen	BRD	Mill.	S	747	823	765	711	786	825	680	718	772	679	785	810	831	931	.
Paketsendungen	"	"	"	33	38	22	22	26	25	20	21	21	19	24	29	33	41	.
Telefongespräche	"	"	"	490	538	524	491	483	486	522	501	.	.	.	.	.	.	.
Neuzulassn. v. Kraftfahrzeugen dar. Personenkraftwagen <sup>10)</sup>	BRD	Stück	S	106600	90724	94090	119944	181742	178128	138622	146674	140577	96272	126309	132111	105109	102324	35038
	"	"	"	90784	77462	80483	102056	157376	152637	120916	126483	121671	82081	107987	113704	90163	87423	81007
<b>Einzelhandelsumsätze</b>																		
<b>Gesamter Einzelhandel</b>																		
Nahrungs- und Genußmittel	BRD*)	1954 = 100	S	223	283	176	170	199	205	198	191	208	183	193	232	234	311	186
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	183	223	168	173	187	183	182	182	193	184	177	195	185	249	174
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	237	316	164	138	181	194	203	170	198	148	173	250	251	334	186
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	257	334	189	181	204	212	198	199	226	213	229	262	277	373	202
	"	"	"	235	315	203	202	239	250	220	230	237	207	221	241	248	351	204
<b>Grundstoffpreise</b>																		
<b>Grundstoffe insgesamt</b>																		
Grundst. inländischer Herkunft	BRD*)	1958 = 100	D	102,9	103,6	104,0	103,9	102,8	102,1	102,2	102,5	102,6	103,1	103,0	103,9	c)104,9	105,4	105,1
Grundst. ausländischer Herkunft	"	"	"	104,1	104,8	105,0	104,9	103,6	102,7	103,1	103,4	103,6	104,2	104,0	105,0	c)106,2	106,8	106,5
Grundst. landwirtschaftl. Herkunft	"	"	"	96,7	97,0	98,2	97,6	98,2	98,0	97,5	97,8	96,9	97,1	97,2	97,6	97,6	97,0	97,2
Grundst. industrieller Herkunft	"	"	"	107,7	109,2	110,9	109,0	106,1	103,9	104,5	104,6	104,7	105,2	104,4	105,5	c)107,4	109,2	107,8
	"	"	"	99,9	100,9	100,1	100,5	100,6	100,9	100,8	101,1	101,2	101,7	102,1	102,9	103,3	102,9	.
<b>Erzeugerpreise</b>																		
<b>Industrieerzeugnisse insgesamt</b>																		
Investitions- und Prod.-güterind.	BRD*)	1958 = 100	D	104,0	104,1	104,3	104,4	104,5	104,6	104,6	104,7	104,8	105,1	105,7	106,2	106,6	106,5	106,8
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	98,6	98,7	98,7	99,0	99,2	99,6	99,7	99,8	99,9	100,4	101,1	101,9	102,2	101,9	101,5
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	107,4	107,4	107,5	107,6	107,8	108,0	108,2	108,3	108,4	108,7	109,1	109,8	110,6	110,7	111,1
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	107,9	108,0	108,5	108,7	108,9	109,1	109,1	109,2	109,4	110,1	110,3	110,4	110,4	110,8	110,8
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	57/58 — 58/59 = 100	"	104,3	104,5	104,8	104,7	104,4	104,2	104,1	104,1	104,0	104,3	104,7	104,8	105,0	105,1	105,2
	"	"	"	109,0	110,9	111,3	110,1	107,3	105,2	105,4	105,5	108,9	108,4	106,8	107,3	110,5	112,9	111,2
<b>Einzelhandelspreise</b>																		
<b>Insgesamt</b>																		
Lebensmittel	BRD*)	1958 = 100	D	110	110	111	111	111	111	111	111	112	112	112	112	113	113	114
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	108	109	109	110	110	110	110	110	110	111	111	111	111	112	112
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	109	109	109	110	110	110	110	110	110	111	111	111	111	111	112
	"	"	"	112	112	112	113	113	113	113	113	113	113	113	114	114	115	115
<b>Preisindex f. d. Lebenshaltg.</b>																		
<b>Gesamt<sup>11)</sup></b>																		
Nahrungs- u. Genußmittel	BRD*)	1962 = 100	D	103,5	104,0	104,6	104,7	104,9	105,1	105,2	105,3	105,7	105,5	105,7	106,2	106,4	106,4	107,0
Kleidung, Schuhe	"	"	"	102,8	103,6	104,6	104,5	104,7	105,0	105,0	105,1	105,8	104,9	104,7	104,5	105,4	105,8	106,4
Wohnungsmiete	"	"	"	102,9	103,0	103,3	103,5	103,7	104,0	104,1	104,1	104,2	104,3	104,6	104,9	105,1	105,2	105,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	"	"	106,8	107,7	109,1	109,5	109,9	111,4	111,6	111,6	112,4	112,7	113,1	114,2	114,6	114,8	116,2
Sonst. f. Haushaltsführung <sup>12)</sup>	"	"	"	104,7	104,9	105,1	105,0	104,8	103,3	102,9	103,1	103,3	103,5	104,0	104,8	105,0	105,1	106,3
Waren und Dienstleistungen für Verkehr, Nachrichtenüb.	"	"	"	102,3	102,4	102,6	102,8	102,9	102,9	103,1	103,4	103,4	103,7	103,8	104,1	104,2	104,3	104,8
Körper- u. Gesundheitspflege	"	"	"	105,0	105,1	105,2	105,2	105,5	105,6	105,6	105,7	105,7						